

Neue Anlehen der Hauptstadt.

Budapest, 25. Februar.

Die hauptstädtische Finanzkommission hielt heute mittag unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Dr. Theodor Bödy eine Sitzung, deren wichtigsten Gegenstand eine Vorlage der Finanzsektion über die Aufnahme zweier neuen Anlehen bildete. Außer dem bereits abgeschlossenen 22-Millionen-Kronen-Anlehen zu Zwecken der Approvisionierungsfaktion der Hauptstadt sollen nämlich, wie bereits gemeldet wurde, ein Kontokorrentanlehen im Betrage von 30 Millionen Kronen und ein Anlehen im Betrage von 13 Millionen deutscher Reichsmark aufgenommen werden.

Die nun Magistratsrat Dr. Eugen Berczeli unterbreitete Vorlage der Finanzsektion enthält in Angelegenheit der beiden Anlehen folgende Details:

Das Anlehen im Betrage von 30 Millionen Kronen ist ein Kontokorrentanlehen, das in erster Reihe zur Tilgung des Mitte April ablaufenden schwebenden Anlehens von 21½ Millionen Kronen verwendet werden soll. Das Anlehen wird von einem Bankkonsortium offeriert, dem die Ungarische Allgemeine Kreditbank, die Pester Ungarische Kommerzbank, die Pester Vaterländische Sparkasse und die Eskompte- und Wechselbank, sowie jene Finanzinstitute angehören, bei denen das erwähnte schwebende Anlehen aufgenommen wurde. Die Hauptstadt hat an Zinsen ein Prozent über dem jeweiligen Bankzinsfuß zu entrichten; außerdem erhalten die Finanzinstitute an Provision pro Quartal 1% nach dem effektuiert behobenen Betrage. Das Anlehen läuft am 15. April 1916 ab.

Das Anlehen von 13 Millionen deutscher Reichsmark wird bei der Ungarischen Bank und Handels-Aktiengesellschaft aufgenommen und ist nach zehn Jahren zu tilgen. Des Anlehens bedarf die Hauptstadt zur Amortisation ihres des neuen Anlehens von 158 Millionen Mark; durch die Aufnahme des neuen Anlehens ist der Bedarf der Hauptstadt an deutscher Reichsmark für zwei Jahre gedeckt. Die Hauptstadt erhält die 13 Millionen Mark am 1. Juli l. J. zu 575 Prozent und zum Kurse von 91 und gibt dafür Teilobligationen aus, die mit zwanzig Halbjahr-Kupons versehen sind.

Die Vorlage der Finanzsektion schließt mit dem Antrage, die Generalversammlung möge die Regierung ersuchen, daß der Hauptstadt nach ihren Anlehen ein für allemal Steuer-, Stempel- und Gebührenfreiheit gewährt werde.

An die Vorlage knüpfte sich eine längere Debatte. Heinrich v. Biró nimmt die Vorlage an, bemängelt jedoch, daß die Mitglieder der Kommission nicht rechtzeitig über die Details der Transaktion orientiert wurden. Er wünscht, daß so wichtige Vorlagen den Mitgliedern einige Tage vor der Verhandlung zugesendet werden. Was die Anlehen betrifft, hält er wohl die Bedingungen für ziemlich günstig, bemängelt jedoch, daß die Hauptstadt nur einem einzigen Offert, dem Offert von kartellartig vereinigten Banken, gegenüberstehe. Es wäre für die Hauptstadt von größerem Vorteil, wenn die Banken sich in solchen Fällen nicht vereinigen, sondern miteinander konkurrieren würden.

Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy bemerkte, es wäre ganz überflüssig gewesen, die Kommission früher zu informieren. Die Kommission habe schon größere Anlehen ohne vorausgegangene Verständigung verhandelt. Die Kommission habe bloß darüber zu entscheiden, ob das Anlehen günstig sei, oder nicht. An den einzelnen Bedingungen könne ohnedies nicht geändert werden. Was das Mark-Anlehen anbelangt, hält es der Bürgermeister für mehr als wahrscheinlich, daß die Valutaverhältnisse in 10 Jahren, da das Anlehen zurückgezahlt werden muß, für die Hauptstadt günstiger sein werden. Was die Bemerkung des Wortredners betrifft, daß es vorteilhafter wäre, wenn die Finanzinstitute miteinander konkurrierten, habe die Hauptstadt gar keinen Einfluß hierauf. Vielleicht könnten die Banken einzeln kein so günstiges Offert stellen. Man muß zugeben, daß es den Verhältnissen entsprechend ziemlich kulant ist,

Bei dieser Gelegenheit will der Bürgermeister auf die jüngst im Abgeordnetenhaus gehaltene Rede Geza Polónyi reflektieren, der unter anderem den Vorwurf des Schuldensmachens gegen die Hauptstadt erhoben hat. Redner will sich mit Polónyi in keine Polemik einlassen, er will sich bloß auf die Konstatierung dessen beschränken, daß die Anlehenpolitik der Hauptstadt sehr wenig zu dem Defizit beigetragen habe. Die Anlehen haben die Hauptstadt zur Erfüllung außerordentlich wichtiger kulturellen und sozialen Aufgaben verholfen. Sie haben ihr ermöglicht, neue Schulen zu errichten, was nicht nur vom kulturellen Gesichtspunkte einen großen Vorteil bedeutet, sondern auch vom finanziellen, denn nach dem Kriege wären diese Bauten der Hauptstadt viel teurer zu stehen gekommen. Außerdem ist die Hauptstadt mit Hilfe der Anlehen in den Besitz ertragreicher Betriebe gelangt. Der Vorwurf des Schuldensmachens entbehrt also jeder Begründung.

Polónyi hat auch dagegen eine Einwendung erhoben, daß die Postsparkasse der Hauptstadt ein Anlehen gewähre. Die Postsparkasse — sagte der Bürgermeister — könnte ihr Geld nicht sicherer anlegen, als indem sie es bei der Hauptstadt anlegt. Während der letzten zehn Jahre hat sich das Vermögen der Hauptstadt um zirka 100 Millionen vermehrt. Wenn Herr Polónyi — schloß der Bürgermeister unter lebhaftem Beifall der Mitglieder — uns beweisen könnte, es gäbe in Europa eine Stadt, deren Bonität größer ist, als die unserer Hauptstadt, werde ich zugeben, daß er bona fide gesprochen hat.

Dr. Bela Feleki bemängelte, daß die Hauptstadt schwebende Anlehen aufnimmt; er wünscht, daß durch die Aufnahme eines entsprechenden Amortisationsanlehens die schwebenden Anlehen aus dem Haushalte der Kommune eliminiert werden. Im übrigen nimmt Redner die Vorlage an.

Dr. Adolf Leitner würde es vorgezogen haben, wenn die Hauptstadt sich das Recht gesichert hätte, das Mark-Anlehen eventuell früher zu tilgen.

Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy bemerkte, daß die Bank auf eine solche Bedingung nicht eingegangen wäre.

Dr. Samuel Glátschal bemerkt, wir müßten Vertrauen zur Zukunft haben und überzeugt sein, daß in zehn Jahren günstigere Verhältnisse für uns herrschen werde. Er bezeichnet die Anlehensbedingungen als günstig und nimmt daher die Vorlage an.

Dr. Sigmund Hajós glaubt ebenfalls, es wäre besser gewesen, wenn sich die Hauptstadt nicht für zehn Jahre gebunden hätte.

Die Vorlage wurde sodann einstimmig angenommen.